

Quelle: <https://www.arbeitssicherheit.de//document/9ca29858-9b16-3596-b1ac-be4e31d37689>

#### Bibliografie

<b>Titel</b>	Sozialgesetzbuch (SGB) Fünftes Buch (V) Gesetzliche Krankenversicherung
<b>Amtliche Abkürzung</b>	SGB V
<b>Normtyp</b>	Gesetz
<b>Normgeber</b>	Bund
<b>Gliederungs-Nr.</b>	860-5

## § 44 SGB V - Krankengeld

(1) Versicherte haben Anspruch auf Krankengeld, wenn die Krankheit sie arbeitsunfähig macht oder sie auf Kosten der Krankenkasse stationär in einem Krankenhaus, einer Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung ([§ 23 Abs. 4](#), [§§ 24](#), [40 Abs. 2](#) und [§ 41](#)) behandelt werden.

(2) <sup>1</sup>Keinen Anspruch auf Krankengeld haben

1. die nach [§ 5 Abs. 1 Nr. 2a, 5, 6, 9, 10 oder 13](#) sowie die nach [§ 10](#) Versicherten; dies gilt nicht für die nach [§ 5 Abs. 1 Nr. 6](#) Versicherten, wenn sie Anspruch auf Übergangsgeld haben, und für Versicherte nach [§ 5 Abs. 1 Nr. 13](#), sofern sie abhängig beschäftigt und nicht nach den [§§ 8](#) und [8a des Vierten Buches](#) geringfügig beschäftigt sind oder sofern sie hauptberuflich selbständig erwerbstätig sind und eine Wahlerklärung nach Nummer 2 abgegeben haben,
2. hauptberuflich selbständig Erwerbstätige, es sei denn, das Mitglied erklärt gegenüber der Krankenkasse, dass die Mitgliedschaft den Anspruch auf Krankengeld umfassen soll (Wahlerklärung),
3. Versicherte nach [§ 5 Absatz 1 Nummer 1](#), die bei Arbeitsunfähigkeit nicht mindestens sechs Wochen Anspruch auf Fortzahlung des Arbeitsentgelts auf Grund des Entgeltfortzahlungsgesetzes, eines Tarifvertrags, einer Betriebsvereinbarung oder anderer vertraglicher Zusagen oder auf Zahlung einer die Versicherungspflicht begründenden Sozialleistung haben, es sei denn, das Mitglied gibt eine Wahlerklärung ab, dass die Mitgliedschaft den Anspruch auf Krankengeld umfassen soll. <sup>2</sup>Dies gilt nicht für Versicherte, die nach [§ 10](#) des Entgeltfortzahlungsgesetzes Anspruch auf Zahlung eines Zuschlages zum Arbeitsentgelt haben,
4. Versicherte, die eine Rente aus einer öffentlich-rechtlichen Versicherungseinrichtung oder Versorgungseinrichtung ihrer Berufsgruppe oder von anderen vergleichbaren Stellen beziehen, die ihrer Art nach den in [§ 50 Abs. 1](#) genannten Leistungen entspricht. <sup>2</sup>Für Versicherte nach Satz 1 Nr. 4 gilt [§ 50 Abs. 2](#) entsprechend, soweit sie eine Leistung beziehen, die ihrer Art nach den in dieser Vorschrift aufgeführten Leistungen entspricht.

<sup>2</sup>Für die Wahlerklärung nach Satz 1 Nummer 2 und 3 gilt [§ 53 Absatz 8 Satz 1](#) entsprechend. <sup>3</sup>Für die nach Nummer 2 und 3 aufgeführten Versicherten bleibt [§ 53 Abs. 6](#) unberührt. <sup>4</sup>Geht der Krankenkasse die Wahlerklärung nach Satz 1 Nummer 2 und 3 zum Zeitpunkt einer bestehenden Arbeitsunfähigkeit zu, wirkt die Wahlerklärung erst zu dem Tag, der auf das Ende dieser Arbeitsunfähigkeit folgt.

(3) Der Anspruch auf Fortzahlung des Arbeitsentgelts bei Arbeitsunfähigkeit richtet sich nach arbeitsrechtlichen Vorschriften.

(4) <sup>1</sup>Versicherte haben Anspruch auf individuelle Beratung und Hilfestellung durch die Krankenkasse, welche Leistungen und unterstützende Angebote zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit erforderlich sind. <sup>2</sup>Maßnahmen nach Satz 1 und die dazu erforderliche Verarbeitung personenbezogener Daten dürfen nur mit schriftlicher oder elektronischer Einwilligung und nach

vorheriger schriftlicher oder elektronischer Information des Versicherten erfolgen. <sup>3</sup>Die Einwilligung kann jederzeit schriftlich oder elektronisch widerrufen werden. <sup>4</sup>Die Krankenkassen dürfen ihre Aufgaben nach Satz 1 an die in § 35 des Ersten Buches genannten Stellen übertragen.